



# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 17

4. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitung, postleiste Seite 244) erbitten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 44, Fernsprech-Anschluß: Amt Köpen 3340. — Bezugspreis monatlich M. 50 000. — Preis der Einzelnnummer M. 25 000. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 erbitten.

Berlin

1. September 1923

## An unsere Leser!

Die nie geahnte wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der letzten Wochen hat unsere für den Monat August aufgestellte Preisberechnung des „Saar-Freund“ gänzlich über den Haufen geworfen. Zu unserem größten Bedauern sind wir nicht in der Lage, mit dem von unseren Beziehern im Durchschnitt für den Monat August eingezahlten Betrag von M. 2000.— die Selbstkosten der Drucklegung zu bestreiten. Die Kosten der letzten Nummer des „Saar-Freund“ vom 15. 8. 1923 betrugen allein für den Druck rund 55 Millionen Mark, so daß jede Nummer einschließlich des Papierwertes M. 25 000.— kostete.

Wenn wir nicht auf unsere Notrufe in den beiden letzten Nummern von zahlreichen Gönnern und Freunden unserer Halbmonatschrift „Saar-Freund“ immerhin einen ansehnlichen Gesamtbetrag erhalten hätten, wären wir nicht in der Lage gewesen, die letzte Nummer überhaupt erscheinen zu lassen. Trotzdem entsprach der gesamte Sammlungsertrag „Saar-Freund in Not“ nur annähernd der Summe, die wir dem Drucker für die letzte Nummer bezahlen mußten.

Notgezwungen sehen wir uns veranlaßt, um unseren Lesern überhaupt diese Nummer liefern zu können und um wenigstens einigermaßen die ins Unendliche gesteigerten Herstellungskosten decken zu können, den Bezugspreis freibleibend auf vorläufig M. 50 000.— = 2½ Friedenspfennige für den Monat September festzusetzen. Die vorliegende Nummer mußte aus Sparsamkeitsrücksichten auf acht Seiten beschränkt werden. Wir bemerken dabei, daß nach einer soeben eingegangenen Mitteilung die Druckpreise eine erneute Steigerung um 50 % erfahren haben, und bitten nicht zu vergessen, daß auch alle anderen Kosten, insbesondere das Porto, eine ganz gewaltige Steigerung erfahren haben. Sollte die Geldentwertung weiterhin fortschreiten, so müssen wir es uns leider ausdrücklich vorbehalten, unsere Leser und Freunde um weitere Nachzahlungen zu bitten. Damit in der Belieferung keine Unterbrechung eintritt bitten wir, das erhöhte Bezugsgeld für September uns umgehend auf unser Postcheckkonto Geschäftsstelle „Saar-Verein“ beim Postcheckamt Berlin NW. 7, Nr. 66536 mit dem Vermerk „Saar-Freund September 1923“ einsenden zu wollen.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um allen hochherzigen Spendern, die auf den Aufruf „Saar-Freund in Not“ uns in großer Zahl Zuwendungen gemacht haben, aufs herzlichste zu danken. Aus verschiedenen Gründen können wir die Namen der Spender nicht veröffentlichen. Darum bitten wir einen jeden, den es angeht, unseren Dank an dieser Stelle als ganz besonderen für sich ansehen zu wollen. Wir bitten aber auch ferner die Treue und Anhänglichkeit dem „Saar-Freund“ gegenüber dadurch bekunden zu wollen, daß die Gebefreudigkeit in keiner Weise nachläßt und ununterbrochen weiter namhafte Beträge für „Saar-Freund in Not“ eingehen. Auch die Unterstützung der journalistischen Aufklärung über die Verhältnisse im Saargebiet ist Saarkilfe. Darum, gebt schnell und reichlich, werdet dem „Saar-Freund“ nicht untreu und werbt eifrig neue Freunde für unsere Halbmonatschrift.

Schriftleitung und Verlag des „Saar-Freund“  
Geschäftsstelle „Saar-Verein“.



# Saargebiet und Reich.

Von Richard Dollé

Der letzte Kabinettswechsel in Deutschland hat nach rein äußerlichen Erscheinungen auch für das Saargebiet eine größere Bedeutung. Die Tatsache, daß das Kabinett Stresemann sich auf die bestellte Parteigruppierung aufbaut, und von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei getragen wird, bietet eine gewisse Gewähr dafür, daß hinter seiner Politik die weitaus größte Mehrheit des deutschen Volkes, soweit es seine politische Überzeugung durch die Zugehörigkeit zu einer Partei ausdrückt, steht. Auch die Persönlichkeiten des neuen Kabinetts lassen die Hoffnung zu, daß die deutsche Politik nach außen wie nach innen Rücksicht zu nehmen gewillt ist auf die Erfordernisse und Verhältnisse der besetzten Gebiete. Vor allem berechtigt zu dieser Hoffnung die Schaffung des Ministeriums für die besetzten Gebiete und seine Besetzung mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, dessen frühere Tätigkeit als Regierungspräsident von Erier mit seinen guten Kenntnissen der Saargebetsverhältnisse weiteste Berücksichtigung der Saarfrage erwarten läßt. Daneben läßt die Berufung des rheinischen Abg. Sölmann Köln zum Reichsminister des Innern das Verständnis für die Eingehen auf die rheinische und die Saargebetsfrage als selbstverständlich erscheinen. Wenn es auch nicht angebracht ist, Vorschlagslocher zu vertiefen, so läßt dennoch die bisherige Tätigkeit dieser beiden neuen Minister, die mit den rheinischen und also mit den Saarfragen aufs beste vertraut sind, die Erwartung zu, daß nichts geschehen wird, ohne die Auswirkungen auf die Verhältnisse an Rhein, Ruhr und Saar genau geprüft zu haben. Das ist ein Plus des neuen Kabinetts, das sicherlich gute Früchte zeitigen wird, und sollte es nur nach der Richtung sein, daß man den Gegnern der Berliner Zentralregierung als Waffe aus der Hand schlagen kann, in Berlin habe man keine Kenntnis und kein Verständnis für das, was die Bevölkerung in den gequälten Gebieten zu erdulden hat, was sie ersehnt und was sie erwartet.

Minister Dr. Fuchs hat Wert darauf gelegt, die Oberpräsidialgeschäfte für die Rheinprovinz auch weiter in der Hand zu behalten; die rheinischen Interessen sind damit in bester Weise in dem neuen Kabinett gewahrt. Auch Minister Sölmann, dessen warmes Eintreten für die rheinischen Fragen und für das Saargebiet bekannt ist, wird es sich sicherlich nicht nehmen lassen, den rheinischen Standpunkt in dem Berliner Kabinett ohne Rücksicht auf Parteinteressen mit aller Deutlichkeit zu vertreten. Das gibt uns die Gewähr dafür, daß auch das Saargebiet mehr als bisher aufmerksame Beobachtung in der Reichsregierung finden wird und daß mit manchen Gewohnheiten, die Saargebetsregierung als vorläufig unabweisbar zu betrachten, um die Deutschland sich augenblicklich nicht zu kümmern hat und braucht, gebrochen wird.

Aber auch der neue Kanzler Dr. Stresemann selbst steht dem Saargebiet persönlich nahe. Von den führenden politischen Persönlichkeiten war Stresemann schon zu Zeiten Bassermanns, als dieser den Saarländer Wahlkreis im Reichstag vertrat, einer der wenigen, die mit dem Saargebiet, mit seiner Wirtschaft, mit seiner politischen und sozialen Entwicklung, Entfaltung und Gestaltung direkt Fühlung suchten und hatten. Wiederholt ist er im Saargebiet gewesen und hat dort in seinen Reden bewiesen, daß er mit lebhaftem Interesse und persönlichem Empfinden der Saargebetswirtschaft und der politischen und kulturellen Aufgaben des Saargebets an der Westgrenze des deutschen Reiches die Beachtung schenkte, die sie verdienen. Stresemann ist nicht der Mann, der derartige persönliche Erlebnisse und Erkenntnisse beiseite schiebt, besonders nicht, wo er weiß, daß dieses Gebiet in Gefahr ist, dem deutschen Vaterlande entrzissen zu werden. Als anerkannter Führer einer bedeutenden Partei Deutschlands kennt er die Bedeutung des Saargebets, die es in dem Pariser Diktat einnimmt, kennt seine Bedeutung bei der weiteren Gestaltung der Dinge, kennt die Rolle, die ihm in der hohen Politik zugewiesen ist. Die jüngsten Vorgänge in London und Genf haben auf diese Bedeutung mit größter Deutlichkeit hingewiesen und bewiesen, daß Deutschland als Staat und als Vertragspartner aller Art hat, den Dingen, wie sie sich an der Saar abspielen, nicht gleichgültig und tatenlos gegenüber zu stehen.

Am 24. August hat Dr. Stresemann seine bedeutsame Rede vor den Vertretern des Deutschen Industrie- und Handelstages gehalten, in der er die Reparationsfrage vom Gesichtspunkt der deutschen Politik kurz skizzierte und eine freie, klare und unumwundene Erklärung über die rheinische Frage abgab. Für

Deutschland gibt es keine Abstraktionen, die international zu lösen wären. Das war die Quintessenz seiner Ausführungen, das ist mit der Überzeugung und der Erwartung des gesamten deutschen Volkes deckungsgleich.

Wenn auch die Verhältnisse für das Saargebiet anders liegen, so daß dieses klare Wort nicht ohne weiteres auf die Saarverhältnisse übertragen werden können, es vielmehr notwendig wäre, der Saargebetsbevölkerung zu erklären zu geben, daß das neue Kabinett auch das Saargebiet als unbesetzten deutschen Gebiet ansieht, so lassen sich immer weiteren Ausführungen doch sinngemäß entnehmen auf das Saargebiet anzuwenden: Dem Saargebiet ist in dem Saarstatut das Recht vorbehalten, frei und ungehindert sich darüber zu entscheiden, in welcher Form es nach den 15 Präsenzjahren sein Leben zu führen gedenkt. Und bis zu Stande liegen aus die Erklärungen sämtlicher deutscher Parteien im Saargebiet vor, daß sie nicht den Wunsch haben, an ihrem Erneuerungsstadium zum Stillstand zu kommen, das sich nicht in ihrer Einstellung begründet ist, das geringste zu ändern.

Es entspricht den tatsächlichen Verhältnissen und es entspricht den Erfordernissen und der politischen Klugheit, daß dies von verantwortlicher deutscher Seite vernehmlich gesagt wird. Es darf nicht im Ausland oder im Saargebiet der Eindruck aufkommen, als hätte Deutschland für das Saargebiet gar nichts mehr zu sagen oder träge zu, was das „Echo national“ dieser Tage ausführte, durch die Regelung der Saarfrage in Versailles sollte die Bevölkerung des Saargebets im Hinblick auf die Abstimmung des Jahres 1935 dem deutschen Einfluß entzogen werden und jede gegen Frankreich gerichtete Propaganda zu verhindern sei Pflicht des Völkerverbundes. Auf solche Verschönerungen der Sachlage muß deutscherseits geachtet werden, sie dürfen nicht unwiderprochen bleiben.

Es wird stets das große Verdienst Dr. Walter Rathenau bleiben, daß er als Reichsaußenminister von der Reichstags-Tribüne auf das ungeliebliche und vertrackte Vorhaben Frankreichs im Saargebiet hinwies und die vorläufige Einigung der Saargebetsbevölkerung im Kampf um ihre berechtigten deutschen Interessen unterstützte; es wird ebenso unumstrittenes Verdienst des Kabinetts Cuno bleiben, daß es als Hauptaufgabe der deutschen Politik und des deutschen Volkes bezeichnet den unentwegten Kampf um Rhein, Ruhr und Saar. Nachdem dieser Kampf so vorbereitet worden ist, wird die neue deutsche Regierung im Ringen um die Deutscherhaltung des Saargebets nun einen weiteren entscheidenden Schritt vorantreiben müssen. Sie wird erklären und sich entsprechend betätigen müssen, daß eine Verständigung nicht möglich ist, wenn Frankreich fortfährt, das Saargebiet als französisches Unionsland zu betrachten, in dem Deutschland nichts mehr zu suchen habe. Die neue deutsche Regierung wird alle Bestrebungen unterstützen müssen, die auf die Deutscherhaltung des Saargebets gerichtet sind und wird sich darüber klar werden müssen, daß zur Unterstützung dieser Bestrebungen ebenso Opfer vom ganzen deutschen Volk gebracht werden müssen wie für die Befreiung der deutschen Lande an Rhein und Ruhr. Es wird dazu nötig sein festzuhalten, wo bisher diese Unterstützung verlagert hat. Wir bringen dem neuen Kanzler das Vertrauen entgegen, daß er trotz der gewaltigen Aufgaben, vor die er sich gestellt sieht, nicht die Verzicht, die die Saarfrage von der deutschen Regierung verlangt. Er wird sich der Tatsache nicht verschließen dürfen, daß Frankreich mit Hilfe der Saargebetsregierungskommission den Charakter des Saargebets gegen den Willen der Bevölkerung zu Ungunsten Deutschlands verändert hat. Hier gibt es vieles nachzuholen, wofür sowohl der neue Kanzler wie auch besonders die neuen Minister Dr. Fuchs und Sölmann volles Verständnis haben dürfen. Schon machen sich weitere Bestrebungen Frankreichs geltend, neuen Einfluß im Saargebiet zu gewinnen; mit einer Neugestaltung unserer Saarpolitik kann und darf also nicht gewartet werden.

Saargebiet und Reich sind untrennbar miteinander verbunden, das heißt aber nicht, daß wir auf Grund dieser Gewißheit tatenlos zusehen, wie eine Verbindung nach der anderen durch Frankreich zerrissen wird. Angeht diese Tatsache gilt für die Reichsregierung in der Saarfrage mehr denn je das Wort: Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!



## Die Franzosen an der Saar.

Aus dem Buche des Engländers E. Osborne.

Übersetzt von Dr. jur. et phil. Klaus Schön.

III.

(Schluß.)

Zwei Parteien führen einen unerbittlichen Kampf um den endgültigen Besitz des Saarbodens nach Ablauf der 15 Jahre — Frankreich und Deutschland. Das will jeder, sogar der Völkerbund, und kann unter solchen Verhältnissen ein Zweifel darüber herrschen, daß in der Zwischenzeit das Gebiet so verwaltet werden muß, daß keine Seite benachteiligt wird? Darf die Verwaltung des Saargebietes ihre Tätigkeit bezüglich des ihnen anvertrauten Standes mehr zu Gunsten der einen Partei ausüben? Gehört es sich in Wahrheit, daß eine der interessierten Parteien an der Verwaltung des Gebietes teilnehme? Auf diese Frage kann es nur eine Antwort geben — eine verneinende. Und bis der Völkerbund die Aufsicht über seinen Pflegsling übernimmt und darauf achtet, daß dieser von beiden unparteiischen Ausschüssen überwacht wird, wird sein Schild einen Flecken aufweisen, den seine noch so tiefe Reue der Zukunft nicht abwischen können.

Wenn die angeführten Tatsachen einen Zweifel über den Charakter der Regierung übriglassen, die im Saargebiet über die Herrschaftsgewalt verfügt, dann wird ein Besuch dieses Gebietes bald den ungläubigen Thomas davon überzeugen, daß wir es hier mit einem Lande zu tun haben, das nicht als Pfand des Völkerbundes, sondern als besetztes Gebiet von der Macht eines französischen Generalgouverneurs und eines französischen Besatzungsheeres beherrscht wird. Es ist ein Marokko auf europäischem Boden mit eingeborenen Marokkanern, welche die einheimische europäische Bevölkerung in Schach halten sollen, eine neue Art der Sklaverei, die der Völkerbund dieser Vorkämpfer für die unterdrückten Völkerrechte, ausgesetzt hat.

Aus vorstehenden Tatsachen ergibt sich als klare Folgerung, daß Deutschland möglichst wenig übrig haben kann für die Bedürfnisse des Saarbodens und daß dessen Industrien, so der früheren Hilfsquellen beraubt, einer wirtschaftlichen Isolation überantwortet werden. Und diese ist ja, zum Unheil für sie, dem

französischen Staat in die Hände gegeben. Der französische Staat aber hat seinerseits im Friedensvertrag geeignete Maßnahmen getroffen, daß nicht mehr Kohle geliefert zu werden braucht, als diese Industrien vor dem Kriege zu erhalten pflegten. Wie wir aber oben gezeigt haben, ist das deshalb durchaus unbillig, weil Deutschland das Saargebiet nicht mehr mit den Zusatzkohlen bedenken kann, die es für seine Industrien benötigt.

Beabsichtigten vielleicht die Urheber des Vertrags dies Ergebnis? Einer von ihnen bestimmt nicht, und auch die übrigen mit Ausnahme der französischen Vertreter hätten diese Folgen zu vermeiden gesucht, wenn sie diese hätten voraussehen können. Da die Absicht von so großer Bedeutung bei der Auslegung eines jeden Abkommens ist, so ist es von Wert, die wirklichen Ziele der Vertragsurheber zu kennen.

Präsident Wilson äußerte sich allein klar in einem Sinn, der unter allen Umständen den Gedanken ausschloß, daß die Saarindustrien unter der Eigentumsübertragung an Frankreich leiden sollten. Nach Tardieu („Die Wahrheit über den Vertrag“, S. 264) machte er über diesen Punkt folgende Bemerkung: „Ich anerkenne bereitwillig, daß Frankreich in den Genuß der Gruben für eine gewisse Zeit gesetzt werden soll; die aber zweifellos die Ortsindustrien der Kohle nicht beraubt werden dürfen, so erscheint mir die Frage der Eigentumsübertragung als bloße Empfindlichkeit.“ („purely sentimental“). Der Verfasser führt sodann eine Stelle aus dem dritten Bericht der Regierungskommission des Saargebietes an den Völkerbund an, dessen wichtigste Stelle lautet: „Die Fabriken leiden an Rohlenmangel; denn die Mengen, welche die französischen Staatsgruben in Uebereinstimmung mit § 15 des oben erwähnten Anhangs (Anhang G) zu ihrer Verfügung stellen, können entfernt nicht ihre Bedürfnisse befriedigen.“

Alles in allem zeigen diese Ausführungen, daß die französischen Staatsgruben den Vorteil, der ihnen der Friedensvertrag gewährleistete, in hohem Maße mißbrauchen.

## Die Mischwirtschaft im Saargebiet.

Aus zahlreichen Veröffentlichungen in der saarländischen Presse in jüngster Zeit ergibt sich die feststehende Tatsache, daß sich in den Verwaltungsmethoden der Saarregierungscommission trotz der letzten ausgedehnten Debatte in Genf nichts geändert hat. Wir sprachen in der Beurteilung der Genfer Debatte und Beschlüsse die Ratifikation aus, daß die ganze von England aufgeworfene Angelegenheit ausgehen werde wie das Hornberger Schießen. Dieses Urteil wurde in einigen Kreisen des Saargebietes als zu weitgehend bezeichnet, da man aus den einzelnen Ausführungen der in Genf zu Worte gekommenen Mitglieder des Völkerbundes doch die Ueberzeugung haben dürfte, daß sich langsam eine Aenderung in der Saarverwaltung anbahnen werde. Wir haben diese Hoffnung nicht, oder wenigstens noch nicht. Gerade das Ausscheiden des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission, Herrn Baugh, aus der Verwaltungskommission und seine Abschiedsworte an die Bevölkerung bewiesen uns, daß diese Aenderung, wenn nicht neuerdings einschneidende Veränderungen eintreten, noch lange auf sich warten lassen wird. Herr Baugh schied von seinem Posten, nicht etwa, weil ihm seine neue Berufung zum Alkoholinspektur in seiner Heimat als begehrenswerter erschienen wäre, sondern allein, weil er erkannt hat, daß er mit seinem Rechtsempfinden und mit seinem Willigkeitsgefühl bei der alten Zusammenfassung der Regierungskommission des Saargebietes darin keinen Platz haben kann, wenn er sich und seinen Prinzipien nicht selbst untreu werden wollte. Herr Baugh, der in der Regierungskommission sah und daher wohl besser als jeder andere Außenstehende beurteilen kann, wie die Dinge dort laufen und welche Einflüsse dort maßgebend sind, hat die Konsequenzen gezogen daraus, daß der Völkerbundrat nicht, wie es durch den englischen Antrag den Anschein hatte, für eine grundlegende Aenderung des Saarregimes Sorge getragen hat. Er hatte erkannt, daß alles beim alten blieb, und daß Herr Rauck unumschränkter Herrscher im Saargebiet ist, der lediglich seine Anweisungen von Paris befolgt.

Diese Tatsache ergibt sich erneut aus einer Bemerkung der „Journée Industrielle“, die von dem Rücktritt des Herrn Baugh erwartet, daß nunmehr auf den Saarbahnen der verbilligte französische Kohlentransporttarif zur Anwendung kommen werde, gegen den sich Herr Baugh mit allen Kräften gewehrt hat, da er nicht zulassen wollte, daß diese ver-

billigten französischen Kohlentransporte auf Kosten der Saargebietsbewohner erfolgte. Dieser verbilligte Kohlentransporttarif hat zurzeit außerdem noch die Bedeutung, daß mit Einführung dieses Tarifs die Saarregierungscommission sich nicht mit Bewußtsein die französische Ruhrpolitik unterstützt, indem sie Frankreich die Saarkohle zu verbilligten Tarifen ausführt.

Der soeben zusammengetretene Völkerbundsrat wird sich auch wieder mit Saarfragen befassen und u. a. für den zurückgetretenen Herrn Baugh einen Nachfolger benennen. Es wäre angebracht, wenn der Völkerbundsrat bei dieser Gelegenheit die Zusammenfassung des Beamtenapparates der Regierungskommission überprüfte. Er müßte dann feststellen, daß die wichtigsten und einflussreichsten Posten der Saarregierungscommission mit Franzosen besetzt sind, die mit 11 an der Spitze marschieren: es folgen 5 Schweizer, 2 Belgier, 1 Engländer, 1 Tscheche und 1 Luxemburger. Wie groß die Zahl der Franzosen in den weniger einflussreichen Stellen ist, ist ohne weiteres nicht festzustellen, da bekanntlich selbst nicht die saarländische Landesvertretung weder Einblick in das Budget noch in den Personaletat des Saargebietes hat. Das Verhältnis ist aber mindestens das gleiche wie in den oberen Stellen, die Franzosen überwiegen hier bei weitem alle anderen in der Regierungskommission und ihren Verwaltungsbüros vertretenen Nationen. Zwar soll der Präsident der Regierungskommission bei der letzten Sitzung des Völkerbundsrates erklärt haben, daß die Hauptvorsteher aller Abteilungen in den verschiedenen Ministerien des Saargebietes Deutsche seien. Es wird Sache des Völkerbundsrates sein, diese Behauptung, wenn sie gemacht ist, auf Grund der Personallisten nachzuprüfen.

Der Präsident der Saarregierungscommission, Herr Rauck, hat in seinem Bericht über die Notwendigkeit der Einführung der allgemeinen Krankenversicherung im Saargebiet u. a. gesagt, daß diese Notwendigkeit sich auch daraus ergebe, um die Finanzen des Saargebietes auf eine sichere und geordnete Basis zu stellen. Jetzt liegt der 14. periodische Bericht der Regierungskommission an den Völkerbund vor, der die Zeit vom 16. September 1922 bis 3. Juni 1923 umfaßt. Darin befindet sich die sehr bemerkenswerte



Angabe, daß die Finanzen des Saargebietes seit der obligatorischen Einführung des Franken sich nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. Der Haushalt der Eisenbahnerverwaltung weist ein Defizit auf, dessen Höhe noch nicht feststeht. Wie die ungesunde Finanzlage zustande kommt, dafür läßt nicht nur die oben angeführte Mitteilung der „Journée Industrielle“ einen Schluß zu, auch die „Saarbrücker Landeszeitung“ führt hierzu noch ein Beispiel an: Bei der Besoldung der großen Zahl der französischen Beamten und Beamtinnen der Regierungskommission, die nach einer besonderen Besoldungsordnung erfolgt, übersteigen die Sätze die Bezüge der deutschen Beamten und Angestellten bei den Zentral- und Lokalbehörden des Saargebietes bedeutend. Alle französischen Damen der Regierungskommission wurden kürzlich zu Beamtinnen ernannt und ihnen ein Monatsgehalt von 720 Francs mit einer Nachzahlung von 1500—1800 Francs ausgesprochen, während die älteren deutschen Beamten und Angestellten der Zentral- und

Lokalbehörden leer ausgingen. Diese ganz unberechtigte Sonderbehandlung an das französische Personal der Regierungskommission erfolgte zu einer Zeit, in der der Bericht des Herrn Kaut über die ungünstige Finanzlage in Genf bereits vorlag.

Alles in allem muß zusammenfassend erneut festgestellt werden, daß sich an den Methoden der Regierungskommission des Saargebietes zur Verwaltung dieses Völkerbundlandes nichts geändert hat. Herr Kaut lehnt sowohl seine Politik zur Unterstützung der französischen Annexionsziele als auch sein autoritäres Regime fort, das jedes Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung ausschließt auch dort, wo die Bevölkerung die Kosten dieses Regimes zu tragen hat. Der Völkerbundsrat hat also allen Anlaß, es mit seiner letzten Entschlieung nicht bewenden zu lassen, sondern ernstlichen Willens zu sein, die Saargebietsverwaltung mit den hohen Prinzipien des Völkerbundes, mit dem Buchstaben und Geist des Saarkartums und mit seinen Anweisungen an die Regierungskommission in Einklang zu bringen.

## Herrn Waughs Ausscheiden aus der Regierungskommission.

Wie wir bereits in unserer letzten Nummer mitteilten, ist das kanadische Mitglied der Regierungskommission, Herr Waugh, zurückgetreten. Er hat sein Mandat in die Hände des Völkerbundes zurückgelegt, hat, nachdem er erkennen mußte, daß es bei der derzeitigen Zusammensetzung der Regierungskommission nicht möglich ist, die Aufgaben durchzuführen, die ihr vom Völkerbund gestellt sind. Die Saarpresse, mit Ausnahme des französischen Propagandablattes widmeten Herrn Waugh herzliche Abschiedsartikel. In der „Saarbr. Ztg.“ wurde u. a. gesagt:

„Um so höher und aufrichtiger müssen wir Herrn Waugh schätzen, daß er, der unsere Sprache nicht verstand, der umgeben war von Mitarbeitern, die auch eine andere Sprache hatten als er und die in ganz bestimmtem Sinne tätig waren, doch die Wirksamkeit immer mehr mit klarem Blick durchdrang und uns schließlich erkannte, wie wir sind: Ein ruhiges, arbeitssames Böllchen. Deutsche vom Scheitel bis zur Sohle, aber sehr friedfertige Leute. Da war solch eine Rotverordnung doppelt ein Satyrspiel. Wir haben uns wahrlich, schwersten Herzens, in die Bestimmungen des Versailler Vertrages, soweit sie uns unmittelbar angehen, gefügt. Aber das Vorgehen hier gegen uns machte und macht diese Bestimmungen zur Farce. Auf dem Boden dieser Bestimmungen ist durchaus mindestens ein erträgliches Miteinanderauskommen von Saarregierung und Bevölkerung möglich.“

Ja, wenn man groß dachte, könnte tatsächlich dieses der Trennung der Völkerbundes überantwortete Gebiet statt Objekt glicker Annektionsgelüste zu sein, eine Brücke bilden, indem es in wahren völkerbundlerischen Sinne verwaltet würde. Und das ist Herrn Waughs Grundgedanke auch gewesen. Das stolze Bewußtsein edelster Pflichterfüllung inmitten größter Schwierigkeiten, fruchttragenden Wirkens in einer vom Geschick heimgeführten Bevölkerung, aufbauender Tätigkeit im Sinne eines wahren Völkerbundes, der der dürftigen Menschheit wirklich Frieden bringen soll, mag ihn geleitet. Die Saarbevölkerung ist durchaus kein Querulantenvolk, wenn sie soviel aufbegehren muß, so geschieht das, weil man ihre heiligsten, innerlichsten Rechte, ihr Deutschtum immer von neuem und mit allen Mitteln zu unterdrücken sucht. Glückselig sind wir an sich schon, auch einmal unsern Dank aussprechen zu können. Nehmen Sie diesen Dank, Herr Waugh, mit in Ihre Heimat! Sie werden wie wir wissen, was Heimat heißt. Nehmen Sie diesen Dank als ein kostbares Band einer in der Not doppelt besonnenen Bevölkerung, die aber in dieser Not doppelt und dreifach empfand, wenn ihr Gerechtigkeit und Güte entgegengebracht wurden! Heute, wo wir uns trennen, können wir uns aussprechen.“

Herr Waugh, das kanadische Mitglied der Regierungskommission, hat am 15. August das Saargebiet verlassen und die Reise in seine Heimat Kanada angetreten. Vor seiner Abreise sandte er der Presse einen

**Abschiedsgruß an die Bevölkerung des Saargebietes,**  
in welchem er sagt:

Bevor ich Saarbrücken verlasse, drängt es mich, der saarländischen Bevölkerung meinen Dank zum Ausdruck zu bringen und ihr zu sagen, wie hoch ich ihr freundliches Entgegenkommen meiner Familie und mir gegenüber während der 3½ hier verbrachten Jahre schätze. Bei meiner Ankunft hier gab ich der Regierungskommission des Saargebietes und dem Völkerbund folgende Erklärung ab:

„Der Vertrag bringt die vom Völkerbund bezüglich der Regierung des Saargebietes gestellten Bedingungen klar zu m-

Ausdruck, und ich glaube, daß es die Absicht des Völkerbundes ist, den Artikeln des Vertrages, die uns führen und leiten sollen, Achtung zu verschaffen. Was mich betrifft, so werde ich mich bemühen, solange ich keine anderen Anweisungen vom Völkerbund erhalte, die Pflichten, die ich als Mitglied der Regierungskommission zu erfüllen habe, und den Vertrag von Versailles unparteiisch und den hohen Idealen des Völkerbundes gemäß auszuführen.“

Ich werde auch weiterhin das Wohlergehen des Saargebietes mit dem größten Interesse verfolgen. Was auch immer das Schicksal des Saargebietes sein wird, so hoffe ich, daß den heutigen und den kommenden Generationen Frieden, Wohlfahrt und Glück beschieden sein mögen. Und zum Schluß möchte ich Euch Saarländer den guten Rat geben, Eure Hoffnung auf den Völkerbund zu setzen; er wird Euch sicher nicht enttäuschen. Euch allen ein herzliches Lebewohl und „Güddau!“  
Euer gez.: H. D. Waugh.

Die „Landeszeitung“ unterschreibt den Brief mit folgenden Zeilen:

Die deutschen Saarländer erwidern das „Lebewohl“ und „Güddau“ des Herrn Waugh auf das herzlichste. Sie sind sich bewußt, mit ihm ihren einzigen wahren und gerechten Freund in der Regierungskommission verloren zu haben und sie werden ihm stets ein dankbares Gedächtnis bewahren. Seinen guten Rat werden wir nach Kräften befolgen und uns auch bemühen, seine Zuredung zu teilen.

Die Landratsfraktionen der Zentrums- und der Liberalen Volkspartei, der Deutsch Demokratischen Partei und die Deutsche Nationale Volkspartei haben dem Regierungskommissar Waugh vor seinem Scheiden von Saarbrücken ein Schreiben überreicht, in welchem es heißt:

„Während Ihres fast 3½ jährigen Wirkens im Saargebiet haben wir in Ihnen allezeit den ehrlichen und tapferen Vertreter der hohen Ideale des Völkerbundes und der im Vertrage von Versailles niedergelegten besonderen Rechte der Saarbevölkerung geachtet und geschätzt.“

An die Spitze der schwierigen Abteilung für Finanzen und Steuern gestellt, waren Sie in dieser nicht immer dankbaren Verwaltungstätigkeit stets von dem Bestreben getragen, den Interessen und Wünschen der Saarbevölkerung gerecht zu werden.

Im besonderen möchten wir zum Ausdruck bringen, wie hoch wir es Ihnen anrechnen, daß Sie als einziges Mitglied der Regierungskommission aufgetreten sind gegen die Gesetzesverordnungen, welche die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung bedrohen und den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter für ihre berechtigten Interessen erschweren, nämlich die Rotverordnung vom 7. März 1923 betreffend Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Saargebiet und die Verordnung vom 2. Mai 1923 betreffend Änderung des § 152 der Gewerbeordnung.

Bei Ihrem Amtsantritt brachte Ihnen die Bevölkerung des Saargebietes ihr volles Vertrauen rückhaltlos entgegen. Ueberblicken wir heute, am Tage Ihres Abschiedes aus dem Saargebiet, Ihre Verwaltungstätigkeit und insbesondere Ihr politisches Wirken innerhalb der Regierungskommission, so drängt es uns, zum Ausdruck zu bringen, daß Sie in seltener Weise diesem Vertrauen gerecht geworden sind.

Wir danken Ihnen, sehr verehrter Herr Waugh, für alles das, was Sie für das Saargebiet und seine Bewohner getan haben. Wir sind überzeugt, daß Ihre Tätigkeit im Saargebiet auch künftigen Generationen in ehrenbarem und dankbarem Gedächtnis bleiben wird. . . .“



## Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Welche kleine Neben-Methode außer ihren ausgesprochenen Franzöfierungsmahnahmen die Regierungskommission anwendet, um allmählich dem deutschen Saargebiet ein französisches Gesicht zu geben, ergibt sich u. a. aus folgender Auslassung der „Sbr. Ztg.“:

### Die deutsche Amtssprache.

Sie ist den Saarländern nach dem Friedensvertrag gewährleistet, weil sie nach § 28 Kap. 2 des Saarstatuts u. a. auch ihre Sprache behalten müssen. Nun hat wohl noch niemand gehört, daß in dieser von 700 000 Menschen gesprochenen Sprache ein Wort „Sarrois“ existiert und ebensowenig, daß dort ein Wort „Barre“ zu finden ist. Obwohl nun nicht der geringste Anlaß vorliegt, diesen Sprachfremdlingen aus dem Westen unberechtigten Einlaß zu verschaffen, scheinen unsere Amtsstellen eine besondere Vorliebe für sie zu empfinden oder sie stillschweigend zu dulden. So wird uns mitgeteilt, daß die roten Pässe neuerdings den Aufdruck „Sarrois“ erhalten, trotzdem die Polizeiverwaltung im Besitze deutscher Stempel ist. Damit jedoch noch nicht genug, wird der „Sarrois“-Stempel zur Bezeichnung der — Staatsangehörigkeit benutzt, obwohl es eine saarländische Staatsangehörigkeit überhaupt nicht gibt. Im § 27 des angezogenen Kapitels des Saarstatuts wird ausdrücklich festgelegt, daß die gegenwärtige (d. h. die beim Abschluß des Friedensvertrages bestehende) Staatsangehörigkeit der Einwohner des Saarbeckens in keiner Weise berührt wird, danach haben sich also auch die Oberste Polizeiverwaltung und ihre Poststellen beim Ausstellen von roten Pässen strikt zu richten. Es ist überhaupt ganz unverständlich, weshalb die Interalliierte Rheinlandkommission während ihrer Sanftionen nicht schon längst darauf hingewiesen wurde, daß die neuen Pässe der Saarländer einen besonderen Vermerk tragen, ob der Inhaber die Saareinwohner-Eigenschaft besitzt oder nicht. !?) Weshalb ausgerechnet der Spalte „Staatsangehörigkeit“ ganz unnötig noch einmal der Stempel „Saareinwohner“ oder neuerdings „Sarrois“ beigebrucht und dadurch die Poststellen unberechtigterweise veranlaßt werden, die wahre Staatsangehörigkeit wegzulassen, ist ganz unerfindlich. Auf jeden Fall muß verlangt werden, daß der „Sarrois“ verschwindet und die Staatsangehörigkeit dem Friedensvertrag entsprechend angegeben wird.

Und nun die „Barre“-Geschichte, die bei Straßenpflasterungen eine Rolle spielt. So werden bei der augenblicklichen Ausbesserung der Gutenbergstraße die Fuhrwerke und Kraftwagen durch Sperrschilde mit der großen Aufschrift „Barre“ zum Halten veranlaßt, während erst bei näherem Hinsehen eine an zweiter Stelle stehende Warnung „Gesperrt“ zu sehen ist. Da nicht gut anzunehmen ist, daß die „Sarrois“ auf den Befehl „Barre“ besonders gut reagieren, ist auch hier schleunigst Wandel geboten. Das Straßenbauamt aber, das ja wohl die Ueberwachung der Straßenbauten in Händen hat, möge dem betreffenden Unternehmer doch einmal ins Gedächtnis zurufen, daß man sich in Saarbrücken immer noch in Deutschland befindet. Sonst könnte auch ein Ausländer, der Saarbrücken nur einen flüchtigen Besuch abstatet, schließlich auf den Gedanken kommen, daß es mit den berühmten Clemenceauschen Saarfranzosen doch nicht so ganz ohne ist.

Daß man trotz Festlegung der deutschen Sprache als Amtssprache Wert darauf legt, sich trotzdem der französischen Sprache zu bedienen, obwohl man weiß, daß man

### Im Saargebiet nicht französisch versteht

beweist der folgende Fall:

Der französische Abgeordnete Ferry hat bekanntlich im Anschluß an eine Studienreise durch das Saargebiet gefordert, die französische Grubenverwaltung sollte energischer als bisher ihre Macht als Hauptarbeitgeber des Saargebiets für die politischen Ziele Frankreichs im Saargebiet verwenden. Daß sie dieser Aufforderung bereitwilligst nachzukommen bemüht ist, beweist ein kleines Beispiel, das sicherlich nicht vereinzelt dasteht: Ein Maurer aus dem Köllertal fragte auf der Grube „Victoria“ um Arbeit nach. Der französische Ingenieur war mit seiner Einstellung einverstanden, wenn er sich mit den Arbeitsbedingungen einverstanden erklärte, die er in einem Arbeitsbuche verzeichnet fände, das er zu unterschreiben habe.

Die Bedingungen waren jedoch im französischen Text verzeichnet. Da er ihn nicht übersehen konnte ließ er sich von einem Sekretär den Inhalt deutsch mitteilen. Dadurch erfuhr der Maurer, daß der sich verpflichten sollte,

die französische Staatsangehörigkeit zu erwerben

und Mitglied des auf Veranlassung der Grubenverwaltung ins Leben gerufenen „Saarbundes“ — der allerdings bei den Saarbergleuten keinerlei Boden gewinnen konnte — zu werden. Als der Maurer das hörte, nahm er seinen Hut und verließ das Bureau, allerdings ohne Arbeit erhalten zu haben.

Daß diese französische vertragswidrige Wirtschaft allmählich auch — selbst im französischenfreundlichen — Ausland unliebsame Aufmerksamkeit erregt, ist aus einem Artikel des Organs der tschechischen sozialdemokratischen Partei „Prave Lidu“ festzustellen. Darin wird gesagt:

Drei Jahre steht das Saargebiet bereits unter einem Regime, das auf dem Versailler Vertrag beruht, ohne daß allerdings irgend jemand nach der Zustimmung der dortigen Bevölkerung fragen würde. Dieser Zustand soll bis zum Jahre 1935 dauern. In diesem Gebiete herrscht eine Völkerverbundskommission, die

unter dem Drucke des französischen Militarismus französische Politik betreibt.

Französische Gendarmen gehen im Saargebiet ein und aus. Es ist kein Wunder, wenn unter solchen Umständen die dortige Bevölkerung ein sofortiges Plebiszit schon heute fordert, während Frankreich bestrebt ist, das Plebiszit im Saargebiet zu verschleppen. Aus der hervorragenden Kohlenindustrie des Saargebietes zieht Frankreich heute Gewinn. Die französischen Staatsmänner sehen voraus, daß zur Zeit des Plebiszits in 10 Jahren das Saargebiet in den „neutralen“ Rheinstaat einverleibt werden wird, der in der Fantasie der französischen Nationalisten bereits existiert, oder daß es ein autonomes Ganzes bilden werde. Die Bevölkerung ist über diese französischen Absichten wohl informiert und widerstrebt ihnen. Während des letzten Bergarbeiterstreikes wurde das Saargebiet natürlich von einer französischen Armee übereschwemmt, die sich wie in einem eroberten Lande benahm, in die Wohnungen der Arbeiter eindrang, Durchsuchungen, Verhaftungen und Züchtigungen vornahm. Durch diese Art der Terrorisierung gewinnen die Franzosen allerdings keine Sympathien und untergraben zugleich die Autorität des Versailler Friedensvertrages.

Die Regierungskommission unterstützt den französischen Aufruhr einbruch, wo es irgend möglich ist, selbst wenn das Saargebiet darunter größten Schaden erleidet. So ist

das Saargebiet von seinen Bezugs- und Absatzquellen im unbesetzten Deutschland nahezu abgeschnitten,

als Folge der Maßnahmen der Rheinlandkommission. Es ist dadurch ein Zustand geschaffen, dessen Weiterdauern von den vernünftigsten Folgen für das saarländische Wirtschaftsleben sein muß. Die Eisenindustrie, monatelang zu stark eingeschränkter Tätigkeit durch den Bergarbeiterstreik verurteilt, steht angesichts der gänzlich ungenügenden Aufnahmefähigkeit Frankreichs nunmehr vor der Unmöglichkeit, die endlich wieder aufgenommenen Produktion abzusetzen, da ihr die deutschen Absatzgebiete verschlossen sind. Andere Industriezweige werden in kürzester Frist aus Mangel an Rohstoffen gezwungen sein, ihre Produktion einzuschränken oder ganz stillzulegen. Arbeitslosigkeit und andere ernste Erschütterungen des Wirtschaftslebens werden als unausbleibliche Folge dieser Entwicklung das Saargebiet erneut heimsuchen. Gleichzeitig sieht sich der Handel der Möglichkeit beraubt, seine Aufgabe, die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Waren, zu erfüllen.

Der „Wirtschaftliche Verein“ des Saargebiets fordert in einer Entschlieung die Regierungskommission auf, mit aller Energie gegen die vertragswidrige Abschneidung des Saargebiets vorzugehen. In der Versammlung des Vereins kam die schwerwiegende Verantwortung zum Ausdruck, die die Regierungskommission treffen muß, wenn sie die Dinge weiterhin so hinschleppt wie bisher und sich nicht endlich zu tatkräftigem Handeln gegenüber der Interalliierten Rheinlandkommission aufrafft.

Man hat bisher nicht vernommen, daß die Regierungskommission sich dieser selbstverständlichen Pflicht entledigt hätte. Auch die neuerliche

### Brückensperre Ludwigshafen-Mannheim

beeinträchtigt den freien Verkehr der Saargebietsbevölkerung, die die Brücke nur dreimal am Tage, und zwar morgens von 7 bis 8,30 Uhr, vormittags von 11—12,30 Uhr, nachmittags von 5 bis 8 Uhr abends überkreuzen dürfen. Automobile dürfen die Brücke nicht passieren, sondern müssen in Ludwigshafen zurückbleiben.

Da die Franzosen eine sehr rigorose und gründliche Leibesuntersuchung vornehmen, ist außerdem keine Gewähr gegeben, daß alle Durchlaßbegehrenden in der kurzen Zeit auch alle abgefertigt werden.

Wie weit die Regierungskommission den französischen Abschneidungsmaßnahmen entgegenkommt, beweist die Tatsache, daß die Regierungskommission



neue Anweisungen für die Ausstellung von roten Personalscheinen.

gegeben hat. Danach dürfen solche Ausweise nur noch an Personen ausgestellt werden, die im Besitz der von der Obersten Polizeiverwaltung erteilten dauernden Aufenthaltsgenehmigung sind, und ferner an jugendliche Personen, die das volljährige Alter erreichen, sofern die Eltern den festen Wohnsitz im Saargebiet haben.

#### Die allgemeine Frankeneinführung

macht sich im Wirtschaftsleben des Saargebietes immer folgenschwerer bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit nimmt überhand. Es droht völlige Stilllegung der Banntätigkeit und Entlassung zahlreicher Kräfte auf den industriellen Werken, die unter Mangel an Aufträgen leiden. Auch hier mehren sich die Anzeichen einer wirtschaftlichen Krise.

Auch für die Gemeinden bedeutet die allgemeine Frankeneinführung zum größten Teil eine wesentliche Verschlechterung ihrer Finanzlage; so wies Bürgermeister Dr. Lah in der ersten Sitzung des neuen Stadiparlaments von Saarlouis darauf hin, daß es kaum mehr möglich sei, die zur Durchführung einer ordentlichen Verwaltung nötigen Mittel aufzubringen. Die derzeitige Steuererhebung lasse es nicht zu, neue Quellen, die große finanzielle Erfolge bringen, zu erschließen. Überall sei äußerste Sparsamkeit geboten, zumal die Mittel fehlen, über das Notwendige hinauszugehen. Er kündigte die demnächstige Vorlegung des Etats für das Rechnungsjahr 1923-24 an; der mit einem Fehlbetrag von rund einer Million Franken abschließen wird. Auf Grund der Kontingentsverordnung über Vorschüsse an die Gemeinden sind bereits zur Deckung laufender Ausgaben 430 000 Franken eingefordert worden. Es bleiben mithin noch 570 000 Franken aufzubringen. Bei dieser wirtschaftlichen Notlage ist es geradezu unheimlich, daß die Regierungskommission nichts tut, um

#### Die hungernden Pensionen- und Rentnerempfänger

zu unterstützen. Die Landesratsfraktionen der Zentrumspartei, der Sozialdemokratie, der Liberalen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Volkspartei haben sich daher veranlaßt gesehen, eine Denkschrift an den Völkerbund zu richten, in der sie u. a. sagen:

„Im Saargebiet befinden sich die Kriegsbeschädigten, die Ruhestandsbeamten und deren Hinterbliebenen in einer sehr traurigen Lage. Ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter erhält monatlich 116,5 Fr., während im gleichen Falle im benachbarten Elsaß-Lothringen 300 Fr. gezahlt werden. Die am 1. Dezember 1922 in Kraft tretende Neuordnung bringt keine wesentlichen Veränderungen. Es gibt verschiedene Rentner aus der Zeit vor dem Kriege 1914-18, die bei völliger Erwerbsunfähigkeit nur 7500 Mark gleich drei Continues beziehen.

Neuerst tröstlos ist die Lage der zahlreichen öffentlichen Beamten, die vor der Ratifikation des Versailler Vertrages am 10. Januar 1922 in den Ruhestand gesetzt worden sind. Die Gehaltsbezüge dieser pensionierten Beamten des Saargebietes werden vom Deutschen Reich in der vollkommen entwerteten Mark bezahlt; denn die Saarregierung verteidigt den Standpunkt, daß diese Beamten ihr keine Dienste geleistet hätten und sie daher ihnen gegenüber keine Verpflichtungen hätte.

Im Saargebiet ist der Franken seit dem 1. Juni 1923 die gesetzliche Währung. Es ist bei Gefängnisstrafe verboten, in anderer Währung etwas zu kaufen oder zu verkaufen. Die heutige Lernerung ist sehr groß. Das Deutsche Reich ist außerstande, die erforderlichen Frankenbeträge aufzubringen, damit die Pensionäre leben können. Mit den vom Reich gezahlten Markbeträgen können sie im Saargebiet auf die Dauer nur verhungern.

Das Saargebiet ist heute aus dem Verbande des Deutschen Reiches losgelöst. Seine Einkünfte fließen nicht der Deutschen Regierung zu, sondern der Regierungskommission. Die Pensionierten haben zum größten Teil ihrer hiesigen Heimat langjährige Dienste geleistet. Es ist daher nur recht und billig, wenn sämtliche Pensionäre und Rentnerempfänger aus den Mitteln des Saargebietes unterhalten werden. Ein Teil der Renten der Kriegsober aus dem Kriege 1914-18 zahlt das Saargebiet bereits.

Wir erklären daher im Namen der gesamten Bevölkerung des Saargebietes, daß diese damit einverstanden ist, daß die gesamten Pensionen und Renten aus den Steuereinkünften des Saargebietes gezahlt werden. Die Pensionen und Renten müssen so bemessen sein, daß die darauf Angewiesenen davon leben können. Eine Verhandlung mit der deutschen Regierung, die gemäß § 24 des Saarstatuts nötig sein dürfte, wird sicher keine Schwierigkeiten machen.

Die Not ist zu groß, als daß noch länger gewartet werden kann.

Für solche Aufgaben, die ihr zufallen, aber hat die Regierungskommission keine Zeit und kein Geld. Diese braucht sie

zu ganz anderen Dingen. Es scheint man drant und dann zu sein,

#### eine neue gefälschte Saarländeradresse

vorbereiten.

Bekanntlich ist auf der letzten Sitzung des Völkerbundsrats der Saarregierung anheim gegeben worden, den Abzug der französischen Garnisonen im Saargebiet möglichst rasch durchzuführen. Diese durchaus im Rahmen des Versailler Vertrages liegende Forderung des Völkerbundsrats scheint manchen „gewandten“ Saarbewohnern und frankophilen und französischen Kreisen sehr viel Kopfschmerzen zu bereiten. Aber da man dieses Mal ausnahmsweise den Vertrag nicht zum Werkzeug gegen die Forderung des Völkerbundes machen kann, versucht man eine Art von Bewegung zu inszenieren. In Kreise Saarlouis und in der Stadt selbst sind Leute tätig, die Unterschriften sammeln oder vielmehr zu sammeln versuchen zwecks Erhaltung der saarländischen Garnisonen. Die Unterschriften werden wahrscheinlich dem Völkerbund übergeben, um ihn von der Zuneigung des Saarlandes zum französischen Militär zu überzeugen. Zur Begründung für die Notwendigkeit des französischen Militärs im Saargebiet führen diese Leute an, daß es in nächster Zeit zu Veränderungen kommen könnte (!) und das Eigentum bedroht sei usw. Um alles das zu verhindern und zu schämen, sei das Militär hier unerlässlich (!) Selbstverständlich wird auf diesen Schwindel kein Saarländer hereinkommen; aber es ist bezeichnend für die Art und Weise, wie man im Saargebiet seine Zwecke zu erreichen sucht. Schon die Tatsache, daß um die Befassung des französischen Militärs agitiert wird, beweist, wer hinter dieser Propaganda steht. Man scheint hier einen ähnlichen Adressenschwindel in Szene setzen zu wollen, wie ihn Herr Clemenceau bei den Friedensverhandlungen benutzte, um seine Alliierten zu täuschen, und damit das Schicksal des Saargebietes in verhängnisvoller Weise zu beeinflussen.

#### Unter der Überschrift

#### „Unfreiwillige Eingekerkerte“

berichtet der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“: „Typisch für die wahren Ziele der französischen Politik ist eine Kampagne, die das „Echo National“ gegen den bekannten Saarindustriellen Köchling eingeleitet hat, dem es zum Vorwurf macht, daß er in öffentlichen Ansprachen und Reden Propaganda zugunsten Deutschlands mache. Sein Auftreten sei eine flagranteste und sorglose Verletzung des Friedensvertrages, dessen Abbruch es gewesen sei, die Bevölkerung des Saargebietes im Hinblick auf die Abstimmung des Jahres 1935 dem deutschen Einfluß zu entziehen.“

Aber das Blatt des Herrn Tardieu, eines der Hauptautoren des Versailler Vertrages, geht noch weiter. Es bezeichnet es als eine Verhöhnung Frankreichs, daß Köchling es gewagt habe, der Saarbevölkerung zu empfehlen, sich des Saarstatuts als einer Hauptwaffe gegen den französischen Imperialismus zu bedienen. Das Blatt appellierte an den Völkerbund, diesem Skandal ein Ende zu machen. Es sei Pflicht des Völkerbundes, jede gegen Frankreich gerichtete Propaganda zu verhindern. Es sei ebenso unerträglich wie paradox, fährt Herr Tardieu fort, daß im Rheinland ein interalliiertes Organ sich Respekt zu verschaffen wisse, während an der Saar, wo Frankreich unverjährbare Rechte besitzt, Herr Köchling sich erlauben dürfe, Frankreich zu insultieren.

Tardieu legt die Saarstatutbestimmungen so aus, wie sie ihm für seine annexionsistischen Ziele brauchbar erscheinen. Aus diesen Bestimmungen läßt sich jedenfalls nicht auch nur andeutungsweise die Auffassung herleiten, daß die Bevölkerung des Saargebietes im Hinblick auf die Abstimmung des Jahres 1935 dem deutschen Einfluß entgegen wenden sollte; im Gegenteil, das Saarstatut wurde aufgestellt, um die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sichern und um Frankreich die ungehinderte Ausbeute der Gruben zu gewährleisten.

Wenn dieses Statut außerdem die deutschen Gesetze und Verordnungen bestehen läßt, der Bevölkerung ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und Sprache zusichert, die deutsche Währung aufrechterhalten will, das Gebiet der französischen Besatzung entziehen wollte und so fort, so geht daraus hervor, daß man den deutschen Charakter dieses Landes durchaus anerkennt. Allerdings ist nicht zu bestreiten, daß Tardieu und Clemenceau auf der Friedenskonferenz alle Intrigen anwandten, um das Saargebiet als Raub für Frankreich zugeprochen zu erhalten. Und es ist sein ureigenstes Werk, wenn die Währungs-, Schul-, Besatzungsfrage usw. eine die Saarstatutbestimmungen verletzende Regelung erfahren hat. Es ist außerdem mehr als grotesk, daß Tardieu den Schutz des Völkerbundes gegen jede gegen Frankreich gerichtete Propaganda anruft, dagegen nichts



unterstützt, um die kaiserliche französische Propaganda im Saargebiet zu unterbinden. Wahrscheinlich, Lardieu und Frankreich sind die Lehren, die berechtigt waren, gegen Verletzungen des Verfallers Diktats Einspruch zu erheben.

Angesichts solcher Bestrebungen versteht man nicht, daß es noch Deutsche im Saargebiet geben kann, die sich an einer Reise von Metz nach Bille unter französischer Führung beteiligen. Es gibt aber ausnehmend bereit

#### unwürdige Gejellen;

der Pariser „Matin“ berichtet nämlich, daß 11 Saardeutsche in Begleitung einiger Metzger Herren und unter Führung des Deputierten Jacquot im Auto eine Reise von Metz nach Bille unternommen hätten, um die zerstörten Gebiete zu besichtigen. Sie wurden u. a. vom Kardinal von Reims empfangen.

Da wird sich hoffentlich feststellen lassen, welche Personen sich hinter diesen 11 Saardeutschen verbergen. Es handelt sich zweifellos um Leute, die sich von ihrer Anbiederung bei den Franzosen nach der einen oder anderen Seite Erfolge versprechen.

In Mettlach sang ein Eisenbahnhofsleiter in einer Wirtschafft zur Unterhaltung seiner Kollegen unter Mandolinbegleitung

#### „Deutschland, Deutschland über alles“

„Das wachende Auge des Gelezes“ sollte seine Personalien fest und bedeuten ihm, daß er in 14 Tagen jenseits der Grange so lange die deutsche Nationalhymne erschallen lassen könne, wie es ihm beliebt. Man darf gespannt sein, ob diesen Worten die Tat folgen wird.

Sollte es nicht möglich sein, den Namen des wachenden saarländischen Politisten festzustellen, der an der Deutschlandhymne Anstoß nimmt? Wer will den Saardeutschen verwehren, sich als Deutsche zu bekennen? Jedenfalls bekundete die sozialdemokratische Partei des Saargebiets am Versammlungstage frank und frei, daß sie sich zur deutschen Republik bekennet, indem sie an diesem Tage auf ihrem Bürohaus in der Brauerstraße die deutsche Fahne hisst!

#### Personalnachrichten.

Von der Eisenbahn. Berufen wurden: Kom. Eisenbahn-Sekretär Schäfer von Metz nach Kleinblittersdorf, Eisenbahn-Obersekretär Weich von Homburg nach Saarbrücken, Güter-Vorsteher Schorr von Ottweiler nach Niederlingweiler, Eisenbahn-Mittler Johannes von Neunkirchen nach Metz (Güterabfertigung), Oberbahnhofs-Vorsteher Clemens von Homburg nach Saarbrücken (Personalbüro), Oberbahnhofs-Vorsteher Hecht von Saarbrücken nach Homburg, Eisenbahn-Sekretär Schäfer von St. Wendel nach Ottweiler, Eisenbahn-Sekretär Einig von Niederlingweiler nach St. Wendel (Bahnhof). Dem pensionierten Oberbahnhofs-Vorsteher Einig in Metz ist noch nachträglich der Titel Eisenbahn-Ingenieur verliehen worden.

Aus den Kommunalverwaltungen. Es wurden gewählt zum Bürgermeister von Oberbach der frühere Kasseisenverwalter Gustav Weiler (wiedergewählt); zum ersten Adjunkt Bergmann Jakob Steiner, zum zweiten Adjunkt Steiger Eugen Kirischhof; zum Bürgermeister von Ormesheim Adeler und Kasseisenrechner Matthias Niederländer, zum Adjunkt Adeler Heinrich Zingraf; zum Gemeindevorsteher von Blambsheim Karl Müller, Ziegelhütte, zum Stellvertreter Peter Wagner, Geisberg; zum Ortsvorsteher von Rechingen der Landwirt Sebast. Frank (wiedergewählt), zum Stellvertreter Stellmacher Albert Gentes; zum Gemeindevorsteher von Walpershofen Friedrich Büch, zu dessen Stellvertreter Jakob Scherer.

Als erste weibliche Sachverständige im Saargebiet wurde Fräulein Dr. Hildegard Daniloff, Saarbrücken, Althinhaberin des chemisch-technischen Laboratoriums Dr. Philippi und Dr. Daniloff, von der Handelskammer Saarbrücken als chemische Sachverständige mit der Befugnis zur Erstattung von Gutachten öffentlich angestellt und vereidigt.

Das seltene Fest des goldenen Hochzeit begingen der pensionierte Eisenbahnbeamte Peter Monz und dessen Gattin Philippine geb. Schmidt. Beide sind schon ihrer 72 bzw. 74 Jahre noch rüstig.

Ihren 93. Geburtstag konnte vor kurzem in körperlicher und geistiger Frische Feuillein Anna Koller, altbekannt unter dem Namen „Tante Anna“, Saarbrücken 8. Rosenstraße wohnhaft, feiern. Ihre Wiege fand in dem schönen Winterhäuschen Neumagen. Ein Bruder von ihr, der sich dem geistlichen Stande widmete, starb als Pfarrer im hohen Alter von 96 Jahren. In ihren jüngeren Jahren fand sie als Haushälterin im Dienst des Generals v. Mantuffel, dem ersten Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Am 20. August feierte der Kreisurmeister Josef Erbs zu Kleinblittersdorf sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Die Kreisgenossenschaft Saarbrücken ernannte den Jubilar aus diesem Anlaß zum Ehrenmitglied.

### Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Die Stadt Saarbrücken hat ihre Anleihen gekündigt. Diese Tatsache hat in der Bevölkerung, besonders in den Kreisen, die seinerzeit die Anleihe zeichneten und ihre damals vollwertigen Spargroschen darin anlegten, große Erbitterung hervorgerufen, da sie für ihre damals hergegebenen Goldmark fast wertlose Papiermark erhalten. In der „Saarbr. Ztg.“ schreibt hierzu ein Leidtragender u. a.: Die Stadt forderte von mir, und sicher auch von vielen anderen, vor nicht zu langer Zeit an Steuern das Biersache von dem, was mein damals veranlagtes Einkommen überhaupt betrug und begründete dies mit der eingetretenen Geldentwertung. — Was letztere betrifft, so soll die Stadt damit nicht ganz Unrecht haben. Nachdem sie aber die Geldentwertung bei den Steuern zu ihrem Vorteil auslegt und dies nicht zu knapp, steht die Sache ganz anders aus bei ihren Anleihen, welche sie ihren Gläubigern, und dazu gehöre auch ich, zum Parikurs zurückzahlte. — Als Schuldner bzw. Steuerzahler mußte ich für die Geldentwertung aufkommen, wollte ich nicht mit dem angekündigten Vollziehungsbeamten Bekanntschaft machen, während die Stadt als Schuldner mir gegenüber bei ihren Anleihen hiervon nichts wissen will! Ein besonders hohes Rechtsempfinden, welches man sogar von einer Stadtverwaltung erwarten darf, wird man hier vergeblich suchen.

Bei dem Erweiterungsbau des Rathauses ist nun, nachdem die erste Hälfte desselben unter Dach gebracht worden ist, mit der zweiten Hälfte begonnen worden. Der Neubau steht nun mit der einen Seite direkt an das Rathaus an, während die nach der Gerberstraße zu gelegene Front an das Städtische Steuerbureau anknüpft. — Der Kaninchenberg, dessen Ausgestaltung in den letzten Friedensjahren noch beschlossen wurde, die aber infolge des Weltkrieges und dessen unglücklichen Ausganges unterblieb, wird nun immer mehr zu Bauprojektion herangezogen. Am Fuße des Berges, dem Rieselsbundes, sind nun eine ganze Anzahl Neubauten in schmudem Willenstil entstanden und am Abhang des Berges nach der Stadt zu stehen in dem dichten Längengebüsch etliche schöne nach Schweizerart erbaute neue Blochhäuser. — Der Saar-Sänger-Bund hat, wie wir erfahren, die früheren Wohnen Anlagen an der Meher Straße erworben, um sie als Bundes-Sängerheim auszugestalten. Erreulicherweise sollen die prachtvoll gelegenen Anlagen und Räume auch der Bürgerkassazugänglich gemacht werden. Man darf überzeugt sein, daß der Saar-Sänger-Bund bei seiner zielbewußten Arbeit sein Bundesheim zu großem Ansehen und Blüte bringen wird und glauben sicher, daß der Bund bei der gesamten Bürgerkassazug mit dieser Sache großes Interesse und Unterstützung findet. — Der evangelische Jünglingsverein zu Saarbrücken konnte in diesen Tagen auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. — Ein 19 Jahre alter Hüttengastarbeiter starb bei einer Bootsfahrt in die Saar und ertrank.

Brand. Ein verheerendes Großfeuer vernichtete das Stagerwerk Burgardt; das Möbellager konnte gerettet werden.

Unfall. Ein schweres Unglück, dessen Einzelheiten erst jetzt bekannt werden, ereignete sich auf der Landstraße zwischen Schaffhausen und Wehrden. Das dem Herrn Erik Korn gehörige Auto „Saar 1618“ rannte in eine Gruppe von Leuten, die ihres Weges zogen. Zwei Männer wurden getötet, ein Jüngling leicht verletzt. Der Fahrer des Wagens, der selbst fuhr, wurde in Haft genommen. Die beiden Getöteten sind der 37 Jahre alte Arbeiter Peter Hau und der 24jährige Josef Rothländer aus Wehrden. Besonders hart betroffen ist die eine Familie, in welcher der Vater während des Krieges durch eine Flakermine getötet worden ist.

Unfall. Das fünfjährige Mädchen Günther des Bergmanns Georg Nothe, Kreisstraße 21, ist unterhalb der Dauten-thaler Brücke an der Einmündung des Gehlendorfs in der Saar beim Baden ertrunken.

Hüttengastarbeiter. Das jetzt festgesetzte städtische Lohn für Hüttengastarbeiter-Hausweiser konnte in Betrieb gesetzt werden. Das bedeutet für unsern Ort einen wichtigen Abschnitt in seiner Lokalgeschichte.

Unfall. Ein schweres Unglück ereignete sich auf Schacht Ewald, der Grube Engelfangen. Zwei Bergleute wurden von giftigen Gasen überrascht und wurden bewußtlos. Obwohl die beiden sofort gefunden wurden, waren die angestellten Wiederbelebungsversuche doch erfolglos.

Saarlouis. Der Kreisauschuss hat in seiner letzten Sitzung auch über das neue Bahnprojekt verhandelt. Die Führung der neuen Linie über die Orte Felsberg-Neerborn nach dem lothringischen Grubenorte Kreuthal steht nunmehr fest. Der Kreistag wird sich noch eingehend mit der praktischen Durchführung des Bahnbaues beschäftigen.

Breiten bei St. Wendel. Zum zwölften Male besuchte der Storch die Nikolaus Kreuthsche Familie hier; angesichts der heutigen teuren Zeiten ein sehr kostspieliges Ereignis.



**Wadgassen.** Tödlich verunglückt ist hier ein neunjähriger Junge, der von einem Auto überfahren wurde. Der Junge war mit einem Reifen beschäftigt und lief im Uebereifer des Spieles direkt in den Kraftwagen hinein.

**Mettlach.** Die endgültige Genehmigung zum Bau des Mettlacher Stauwerks ist nunmehr eingegangen.

**St. Wendel.** Der Plan zum Bau eines Zollbahnhofs bei Unweiler-Baltersweiler ist, wie das „St. Wendeler Volksblatt“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, endgültig aufgegeben. Es soll lediglich eine Erweiterung der Bahnanlagen vorgesehen sein. — In einem unbewachten Augenblick lief das zweijährige Söhnchen des Eisenbahnklosters Redtenwald vom Hause weg an den nahen Bach. Dort fand man das Kind nach längerem Suchen mit dem Gesicht nach unten im Schlamm erstickt auf. — In der Nacht zum 13. d. M. brach in der Grabenstraße Feuer aus, das einen großen Umfang annahm. Vom Anwesen der Erben Jochem aus sprang das Feuer auf die Gehöfte Auer und Schaadt über. Der Schaden ist beträchtlich.

**Homburg (Saar).** Aus einer angeblich zuverlässigen Quelle wird bekannt, daß einem gegen die Stadtverordnetenwahlen erhobenen Einspruch stattgegeben worden ist. Der Einspruch erfolgte, weil in einem Wahlbezirk noch nach 6 Uhr abends, dem Endtermin für Tötigung der Wahl, Stimmen abgegeben wurden.

## Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Au alle Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“.

Unserem wiederholten Aufruf um Zuwendung von Geldmitteln haben nur wenige Ortsgruppen, welchen auch an dieser Stelle herzlich dankt sei, entsprochen. Durch die Opferwilligkeit vieler Einzelmitglieder im Reiche, wohlwollender Gönner und treuer Anhänger und Leser des „Saar-Freund“ — auch ihnen danken wir herzlich — ist es uns bei der katastrophalen Geldentwertung möglich gewesen, unsere Geschäfte bis jetzt weiter führen zu können. In denjenigen Städten usw., in denen uns bisher keinerlei Unterstützung zuteil geworden ist, werden wir die notwendige Hilfe durch Werbung von Einzelmitgliedern selbst suchen müssen.

Wir sind bald am Ende, wenn uns nicht in letzter Stunde noch geholfen wird!

Den Geschäftsbetrieb haben wir, durch die ungeheuerliche Vertenerung auf allen Gebieten, sofort auf das Allernotwendigste eingeschränkt. Aus diesem Grunde müssen wir den Schriftverkehr, die Vortrags- und Propagandatätigkeit und alles andere fast ganz einstellen, bis wieder bessere Zeiten die Wiederaufnahme ermöglichen.

Kommt aber keine Hilfe, dann müssen wir infolge der würgenden Not die gesamte Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ einstellen, nachdem alles, was in unseren Kräften stand, zur Erhaltung geschehen ist.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Die Gründung einer Ortsgruppe des Saarvereins in Elberfeld fand am 4. August 1923 auf Anregung des Studienrats Dr. Mühlhaus in Elberfeld statt. Zum Vorsitzenden wurde Studienrat Dr. Mühlhaus, Elberfeld, Kastanienstraße 31, zum Schriftführer Kandidat Enderlein, Bogelfangstraße 23, und zum Schatzmeister Kaufmann Jakob Dieß, Lagersstraße 25, gewählt. Es wurde beschlossen, daß allmonatlich Zusammenkünfte stattfinden sollen, und zwar am 1. Samstag eines jeden Monats. Eine Ausnahme soll im September wegen Abwesenheit des Vorsitzenden gemacht werden. Ueber die weitere Arbeit der Ortsgruppe soll gelegentlich der nächsten Vorstandssitzung beraten und beschlossen werden. Im bergischen Land bestehen nunmehr zwei Ortsgruppen, und zwar eine Ortsgruppe in Barmen und nunmehr eine besondere Ortsgruppe in Elberfeld.

### Im Kreise Ottweiler behelmater Saarländer

national, katholisch, 28 Jahre alt, aus der Schutzpolizei freiwillig ausgeschieden, Inb. des Anstellungsscheines, sucht zum 1. Oktober d. J. Vertrauensstelle in Privatbetrieb-Fabrik. Geordnete Militärpapiere, gute Zeugnisse vorhanden. Angebote erbeten an

Matthias Becker, Nachschubbeamter  
in Wustrau i. d. Mark, Gutsverwaltung.

## Mitteilungen des Vereins der Pfälzer in Berlin.

Der Hauptausflug mit den Ortsgruppen Merseburg und Halle, der für den 2. September geplant war, ist auf den 23. September verlegt. Näheres wird in der nächsten Nummer bekanntgegeben.

**Nächster Familienabend:** Freitag, den 7. September, abends 8 Uhr, im Hotelrest. Atlas an der Weidendammer Brücke (Bahnhof Friedrichstraße).

**2. Progr. Wanderung:** Sonntag, den 9. September 1923. Ausgang: Birkenwerder; Ziel: Bernau. Führung: Carl M. Maier und Fr. Mäurer. Ab Stett. Vorortbhf. 8,05 (Ringanschluß Gesundbrunnen 8,11), Birkenwerder ab 9,15, in Summt 10,30 (Rast am Summt See), Frühlings Mühlenbäder See 12,00, Schloß Wollant-Dammsmühle 12,30, Gorin-See 2 bis 4 Uhr (Waldraff, Familienbad). In Schönau 5,15—6,15 (Kaffee, Rast bei Oydorf), in Bernau 7,15. Gesamtmarsszeit 6 Stunden (also nichts für Langsame).

### Pfälzer Familiengeschichte.

Aus der Feder unseres Mitgliedes Zivil-Ingenieur E. Q. Anz, Berlin SO. 33, Moosdorferstraße 4, erscheint im Laufe des August Heft 2 der „Stammbuchblätter“. Der Verfasser bringt neben Ergänzungen aus seiner eigenen Familie, besonders des 15. und 16. Jahrhunderts, viele neue Quellen-Nachweise, ferner die Genealogien von etwa 30 weiteren, meist Kurpfälzer Familien. So Klein, Bormann, Born, Bechtel, Helsenstein, Orb, Ullmann, Kling, Foltz, Wendel, Müller u. a. m. Außerdem die nach Amerika ausgewanderten Familien Anz nebst Anhang, darunter viele bedeutende Pfälzer. Daneben finden sich Nachrichten von über 100 pfälzischen Familien nebst Quellen vom 15. bis 18. Jahrhundert. Die Arbeit ist als Vorarbeit für ein Pfälzer Geschlechterbuch, das in der Reihe der Deutschen Geschlechterbücher von Starke-Görlich erscheinen wird, gedacht. Diesbezügliche Anfragen sind an Herrn Anz zu richten. Der Preis obigen Büchleins, etwa 60 Seiten auf holzfreiem Papier, einschl. etwa 20 Abbildungen, wird unverbändlich etwa 15 000 M. betragen. Aus der Feder unseres Mitgliedes erschienen in letzter Zeit neben Kurpfälzer Genealogien an pfälzischen Arbeiten: „Aus der Geschichte der Keramik Deutschlands“ Jahrb. 12 des Vereins Dtsch. Ingenieure 1923. Enthält meist Pfälzer, vorzüglich Rheingebirger Material. „Die Papiermühlen der Kurpfalz“, Juni-August-Heft d. Mannh. Gesch.-Bl. im Anschluß an Veröffentlichungen im „Papierfabrikant“ über Kurpfälzer Wasserzeichen. Mehrere historische Arbeiten aus der Technik der Kurpfalz in „Hammer und Feder“, Verlag d. Ber. Dtsch. Ing. u. a. m. In Vorbereitung befindet sich oben erwähntes Pfälzer Geschlechterbuch, das je nach Beteiligung eins oder mehrere Länder umfassen wird.

### Die Wacht an Ruhr und Rhein.

Von Karl Bröger.

Es geht eine Schlacht, eine Rumme Schlacht  
Um Rhein und Ruhr, über Halde und Schacht.  
Hähne gebissen, Fäuste geballt.  
Trotz den Generalen, Trotz der Gewalt!  
Ueber dem Lande Qualm, Rauch und Rauch,  
Und lautloser Schwur ein jedes Gesicht:  
Brecht ihr den Frieden auch, uns brecht ihr nicht.  
Wir kennen das Eisen, wir im eisernen Land,  
Und halten stand.  
Unser Mühen, unsrer Hochöfen Glühen,  
Unser Schweiß und unser Schaffen  
Gegen eure Waffen!  
Poht auf Tanks, Kanonen und Schwerter,  
Geschmiedetes Eisen wird immer nur härter.  
Mit Eisen wollt ihr uns niederringen?  
Wir sind gewohnt, das Eisen zu zwingen.  
Es geht eine Sage, ein uralter Traum,  
Durch unsern Gau von Mund zu Mund  
Und tut allen kund  
Von einer Schlacht unter dem Birkenbaum.  
Der Baum steht hier,  
Roter Erde entsprossen,  
Von Glanz und heller Zukunft umflossen.  
Ihn hüten wir!  
Kennt an mit Schmeicheln oder Drohn.  
Wir trohen Rum.  
Wir lassen nicht davon!  
Ihr könnt uns nicht vertreiben  
Von unsrer Wacht an Ruhr und Rhein,  
Und führt ihr Streich auf Streich:  
Das Reich,  
Das Reich muß uns doch bleiben  
Und frei muß Deutschland sein!